

Protokoll

über die Sitzung des Rates der Stadt Neustadt a. Rbge. am Donnerstag, 04.02.2016, 18:00 Uhr,
im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes Nienburger Straße 31, 31535 Neustadt a. Rbge.

Anwesend:

Ratsvorsitzende

Frau Christina Schlicker

Stellv. Ratsvorsitzender

Herr Hans-Jürgen Hayek

Bürgermeister

Herr Uwe Sternbeck

Stellv. Bürgermeister/in

Herr Mustafa Erkan (bis 19:28 Uhr, TOP I.5)
Frau Ute Lamla
Herr Werner Rump

Mitglieder

Herr Stephan Aust
Herr Harald Baumann
Frau Ute Bertram-Kühn
Herr Heinrich Clausing
Herr Frank Hahn
Herr Klaus Hendrian
Herr Dominic Herbst
Herr Klaus Hibbe
Herr Thomas Iseke
Herr Hans-Günther Jabusch
Herr Dr. Godehard Kass (ab 18:04 Uhr, TOP I.2)
Herr Wilhelm Kümmerling
Herr Sebastian Lechner (bis 19:28 Uhr, TOP I.5)
Herr Ferdinand Lühring (bis 19:28 Uhr, TOP I.5)
Herr Wilfried Müller
Herr Tobias Mundt
Herr Björn Niemeyer
Herr Jens Ohlau-von der Heide
Herr Willi Ostermann
Herr Harry Piehl
Herr Andreas Plötz
Herr Stefan Porscha
Frau Sieglinde Ritgen
Herr Otto Rönnebeck
Frau Magdalena Rozanska
Herr Dirk Salzmann
Herr Reinhard Scharnhorst
Herr Werner Schaumann (bis 19:28 Uhr, TOP I.5)

Herr Klaus-Peter Sommer
Herr Wolf Dietrich Stannat
Frau Anja Sternbeck
Herr Thomas Stolte
Frau Monika Strecker

Verwaltungsvorstand

Frau Annette Plein
Herr Maic Schillack

Fachbereichsleiterin 2
Erster Stadtrat, Fachbereichsleiter 1

Verwaltungsangehörige

Frau Bärbel Heidemann
Frau Kathrin Kühling

Frau Marie Rabe
Frau Nadine Schley

Gleichstellungsbeauftragte
Fachdienst Bürgermeisterreferat
(bis 19:42 Uhr, Ende öffentlicher Teil)
Fachdienst Zentrale Dienste, Protokoll
Fachdienst Bürgermeisterreferat
(bis 19:42 Uhr, Ende öffentlicher Teil)

Zuhörer/innen

21 Personen, davon 2 Vertreter/innen
der örtlichen Presse

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 19:48 Uhr

Tagesordnung

Vorlage Nr.

I. Öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|--|-------------------|
| 1. | Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 2. | Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 07.01.2016 | |
| 3. | Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes | |
| 4. | Berufung von stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertretern der Schülerinnen und Schüler in den Schulausschuss | 2016/005 |
| 5. | Umfrage "Rathaus/Innenstadtentwicklung" im Beteiligungsportal der Stadt Neustadt a. Rbge. | 2016/039/1 |
| 6. | Freies und kostenloses WLAN im Stadtgebiet der Stadt Neustadt a. Rbge.
- Antrag der FDP/BürgerForum-Fraktion im Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. vom 19.06.2015 | 2016/011 |
| 7. | Fortschreibung des Bedarfsplans für die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und technischer Ausstattung für das Sachgebiet Bauhof für die Jahre 2017 bis 2019 | 2015/304 |
| 8. | Entschädigung von Mandatsträgern und Ehrenamtlichen der Stadt Neustadt a. Rbge.;
Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gem. § 117 Abs. 1 NKomVG | 2016/007 |
| 9. | Annahme von freiwilligen Zuwendungen 2015; Sachzuwendung der Altrewa Bürgerstiftung Neustadt a. Rbge. im Wert von 3.000 EUR (Bild) | 2016/010 |
| 10. | Annahme von freiwilligen Zuwendungen 2015; Zuwendung in Höhe von 2.054 EUR aus dem Erlös des Weihnachtsbasars 2015 der Kooperativen Gesamtschule Neustadt a. Rbge. | 2016/001 |
| 11. | Bekanntgaben | |
| 12. | Anfragen | |

Vorlage Nr.

I. Öffentlicher Teil

1. **Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Ratsvorsitzende Schlicker eröffnet die Sitzung; sie stellt die ordnungsmäßige Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Herr Lindenmann fehlt entschuldigt.

Frau Schlicker teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt I.6 (Freies und kostenloses WLAN im Stadtgebiet der Stadt Neustadt a. Rbge.) nicht vom Verwaltungsausschuss vorbereitet wurde und deshalb abgesetzt werden solle. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

2. **Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 07.01.2016**

Der Rat fasst bei einer Enthaltung einstimmig folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung am 07.01.2016 wird genehmigt.

3. **Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes**

Ausgehend von zahlreichen Einwohneranfragen zu Tagesordnungspunkt I.5 (Umfrage „Rathaus/Innenstadtentwicklung“ im Beteiligungsportal der Stadt Neustadt a. Rbge.) entwickelt sich eine rege Diskussion über den geplanten Rathausneubau.

Ratsvorsitzende Schlicker sagt die schriftliche Beantwortung der als **Anlage 1** zum Protokoll vorliegenden Anfragen einer Einwohnerin durch die Verwaltung zu.

Bürgermeister Sternbeck erklärt auf Anfrage eines Einwohners, dass bisher keine konkreten Planungen für einen Rathausneubau vorlägen und die vorgesehene Bürgerbefragung deshalb auch noch keinen Kostenvergleich für die einzelnen Varianten beinhalten könne. In Bezug auf weitere Anfragen stellen die Herren Sternbeck, Sommer, Lechner und Herbst die Vorteile einer frühzeitigen Umfrage dar und machen deutlich, dass eine erneute Bürgerbeteiligung zu einem späteren Zeitpunkt durchaus möglich sei. Das offene Fragemodell könne wertvolle Impulse für den weiteren Beratungsgang liefern und dabei helfen, im Rat letztendlich einen Kompromiss mit größtmöglicher Mehrheit zu beschließen. Es wird außerdem ausführlich erläutert, weshalb gerade jetzt die Chance genutzt werden sollte, das bisher wenig ansprechende Areal „Marktstraße-Süd“ städtebaulich zu entwickeln und aus welchen Gründen der Standort „Nienburger Straße“ nicht weiter für einen Rathausbau in Erwägung gezogen wird.

Die Mutmaßung eines Einwohners, dass eine Ausweitung des Stadtgebiet-

tes in Richtung Mecklenhorst geplant sei, wird von den Herren Sternbeck, Sommer und Herbst zurückgewiesen.

4. Berufung von stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertretern der Schülerinnen und Schüler in den Schulausschuss **2016/005**

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. stellt gemäß § 110 Abs. 4 des NSchG i. V. m. § 71 Abs. 6 des NKomVG die Neubesetzung der Gruppenvertreter/-innen für die Schülerinnen und Schüler fest und beruft Frau Maria Münch und Herrn Maximilian Matthias und als deren Vertreterin (Ersatzmitglied) Frau Lelia Stehmann in den Schulausschuss der Stadt Neustadt a. Rbge.

5. Umfrage "Rathaus/Innenstadtentwicklung" im Beteiligungsportal der Stadt Neustadt a. Rbge. **2016/039/1**

Bürgermeister Sternbeck weist auf die Ergänzungsvorlage Nr. 2016/039/1 mit den Ergebnissen aus der Sitzung des Verwaltungsausschusses hin. Die Befragung solle in der Zeit vom 15.02. bis 15.03.2016 stattfinden. Parallel würden die Anträge der Fraktionen SPD, CDU und B'90/Die Grünen in den städtischen Gremien beraten, sodass in der Ratssitzung am 07.04.2016 unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Bürgerbefragung eine abschließende Entscheidung getroffen werden könne. Der Antrag der UWG-Fraktion werde im Rahmen der Befragung zwar dargestellt, aber bei der Formulierung der Fragen nicht weiter berücksichtigt. Die Anlage 1 zur Vorlage solle in diesem Zusammenhang wie folgt ergänzt werden:

Mit einem Rathausneubau im Areal Marktstr. Süd wird nicht nur ein neuer Anlaufpunkt für täglichen Besuchs- und Publikumsverkehr geschaffen, auch knapp 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung finden ihren Arbeitsmittelpunkt im Herzen der Innenstadt, die damit als Versorgungszentrum an Bedeutung gewinnt.

Die Entscheidung für den Standort Marktstr. Süd ist damit als wichtiges Initiationsprojekt für die Entwicklung und Belebung der Innenstadt zu betrachten. Somit wird die Innenstadt über ihre jetzige Funktion als Einkaufs- und Versorgungsadresse hinaus aufgewertet. Es entsteht die Chance eine positive Entwicklung anzustoßen und Impulsgeber für weitere Investitionen im Bereich Marktstr. und Marktstr. Süd zu sein.

Die Entscheidung für die Marktstr. Süd ist damit unmittelbar mit einem Bekenntnis zur Innenstadt verknüpft. Der Rat hat sich in seiner Sitzung am 12. Dezember 2013 klar für den Standort Marktstr. Süd und sich damit öffentlich zu der Zukunft und Weiterentwicklung der Innenstadt ausgesprochen.

Herr Scharnhorst bittet unter Verweis auf die aktuelle Rechtslage und bessere Verhandlungsfreiheiten darum, die Formulierung „nach 99 Jahren“ in der Darstellung der Variante SPD/CDU durch „nach Ablauf des Erbbau-rechtes“ zu ersetzen.

Herr Schillack erklärt auf Anfrage von Herrn Iseke, dass ein Eigenbau nach der Variante B'90/Grüne - 1 im Hinblick auf die Genehmigung der Finanzierung durch die Kommunalaufsicht nicht unrealistisch sei. Es bestehe diesbezüglich enger Kontakt zur Kommunalaufsicht. Da die Unterbringung der Beschäftigten eine Pflichtaufgabe sei, stehe die Notwendigkeit einer Investition außer Frage.

Zu einer weiteren Frage von Herrn Iseke teilt Bürgermeister Sternbeck mit, dass ein in der Vergangenheit durchgeführtes Umlegungsverfahren mit dem Ziel der Ansiedlung von Einzelhandel im Bereich Marktstraße-Süd aufgrund der bereits abgelaufenen Umsetzungsfrist rechtlich nicht gegen den Bau eines Rathauses ohne Einzelhandelsflächen an diesem Standort spreche.

Auf Antrag von Herrn Lechner beschließt der Rat daraufhin einstimmig, zur Tagesordnung zurückzukehren und weitergehende Fragen unter Tagesordnungspunkt I.12 zu klären.

Frau Bertram-Kühn weist darauf hin, dass in der Ergänzungsvorlage das Ende der Umfrage unter dem Punkt „So geht es weiter“ durch den 15.03.2016 ersetzt werden müsse.

Herr Ostermann macht deutlich, dass gemäß Ratsbeschluss vom 07.01.2016 auch der Antrag der UWG-Fraktion bei der Befragung einzu-beziehen sei. Er beantragt deshalb, den Fragenkatalog um den Punkt 8. „Ein neues Rathaus soll am Standort Nienburger Straße entstehen.“ zu ergänzen.

Bürgermeister Sternbeck stellt in Bezug auf den Ablauf der Vorbereitung einer Bürgerbefragung klar, dass mit dem Ratsbeschluss vom 07.01.2016 lediglich die Durchführung einer Befragung beschlossen wurde. Über die konkreten Fragestellungen sei erst in der heutigen Sitzung mit einer Zwei-drittelmehrheit zu beschließen. Die zugehörige Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses beinhalte unter anderem, dass der UWG-Antrag nicht Bestandteil des Fragenkataloges sein solle.

Herr Salzmann bezeichnet eine Befragung unter diesen Umständen als Farce. Eine Standortvariante von vornherein auszuschließen, bedeute lediglich eine Scheinbeteiligung, bei der die Meinung der Bürgerinnen und Bürger nicht ernst genommen werde.

Nach einer von ihm beantragten Sitzungsunterbrechung von 19:10 bis 19:18 Uhr beantragt Herr Herbst, am Ende des Fragenkataloges den Punkt „Sonstiges“ zu ergänzen, um den Teilnehmern die Darstellung abweichender Vorschläge im Rahmen eines Freitextes zu ermöglichen.

Herr Salzmann beantragt als Änderung zu diesem Antrag, statt des Freitextes eine Auswahlmöglichkeit für den Standort Nienburger Straße aufzunehmen.

Die Anträge der Herren Ostermann und Salzmann werden sodann bei jeweils 4 Ja-Stimmen und 35 Gegenstimmen abgelehnt. Dem Änderungsantrag von Herrn Herbst stimmt der Rat mit 35 Ja-Stimmen bei 3 Gegenstimmen und einer Enthaltung zu.

Abschließend fasst der Rat unter Berücksichtigung der von Herrn Sternbeck, Herrn Scharnhorst und Frau Bertram-Kühn genannten Änderungen mit 35 Ja-Stimmen bei 3 Gegenstimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. stimmt einer Online-Umfrage zum Thema "Rathaus/Innenstadtentwicklung" in der in der Anlage zur Beschlussvorlage Nr. 2016/039/1 dokumentierten Form zu.
2. Die statistisch dokumentierten Ergebnisse der Umfrage werden dem Rat als Informationsdrucksache vorgelegt.
3. Die Umfrage soll vom 15. Februar 2016 bis zum 15. März 2016 durchgeführt werden.

6. **Freies und kostenloses WLAN im Stadtgebiet der Stadt Neustadt a. Rbge.** **2016/011**
- Antrag der FDP/BürgerForum-Fraktion im Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. vom 19.06.2015

Der Punkt wurde zu Beginn der Sitzung einvernehmlich von der Tagesordnung abgesetzt.

7. **Fortschreibung des Bedarfsplans für die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und technischer Ausstattung für das Sachgebiet Bauhof für die Jahre 2017 bis 2019** **2015/304**

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Fortschreibung des Bedarfsplans für die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und technischer Ausstattung für das Sachgebiet Bauhof für die Jahre 2017 bis 2019 wird zugestimmt.

8. **Entschädigung von Mandatsträgern und Ehrenamtlichen der Stadt Neustadt a. Rbge.;** **2016/007**
Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gem. § 117 Abs. 1 NKomVG

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Einer überplanmäßigen Aufwendung in Höhe von 39.000 EUR für die Ent-

schädigung von Mandatsträgern und Ehrenamtlichen nach der städtischen Entschädigungssatzung auf dem Produktkonto 1110010.4421000 (Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit) für das Haushaltsjahr 2015 wird zugestimmt.

9. Annahme von freiwilligen Zuwendungen 2015; Sachzuwendung der Altrewa Bürgerstiftung Neustadt a. Rbge. im Wert von 3.000 EUR (Bild) 2016/010

Der Rat fasst bei einer Enthaltung einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. stimmt der Annahme der Sachzuwendung (Bild) der Altrewa Bürgerstiftung Neustadt a. Rbge., Nienburger Straße 28, 31535 Neustadt a. Rbge., im Wert von 3.000 EUR gemäß § 111 Absatz 7 NKomVG i. V. m. § 25 a GemHKVO zu.

10. Annahme von freiwilligen Zuwendungen 2015; Zuwendung in Höhe von 2.054 EUR aus dem Erlös des Weihnachtsbasars 2015 der Kooperativen Gesamtschule Neustadt a. Rbge. 2016/001

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. stimmt der Annahme der Zuwendung in Höhe von 2.054 EUR gemäß § 111 Absatz 7 NKomVG i. V. m. § 25 a GemHKVO zu, welche aus dem Erlös des Weihnachtsbasars des Jahres 2015 der Kooperativen Gesamtschule Neustadt a. Rbge. resultiert und der Flüchtlingshilfe der Stadt Neustadt a. Rbge. zugutekommen soll.

11. Bekanntgaben

- a) Bürgermeister Sternbeck teilt unter Verweis auf den Ratsbeschluss zur Umorganisation der Verwaltung aus dem Jahr 2015 mit, dass nach erfolgter Besetzung aller Fachbereichsleitungen nunmehr eine Prüfung der Zuordnung der Fachdienste zu den drei Fachbereichen stattgefunden habe. Um veränderte Arbeitsbelastungen und die Bearbeitung von Schlüsselvorhaben gleichmäßiger zu verteilen, werde der Fachdienst Recht, Versicherungen und Feuerwehr dem Fachbereich 1 untergeordnet. Die Fachdienste Bürgerservice, Soziales sowie Planung und Bauordnung verblieben beim Fachbereich 2, so Herr Sternbeck. Der Bereich strategische Entwicklung und Wirtschaftsförderung werde als Stabstelle mit dem Bürgermeisterreferat zusammengeführt.
- b) Herr Sternbeck beantwortet anschließend die Anfragen von Herrn Iseke zum Parkplatzproblem an der Ostseite des ZOB aus der Ratssitzung vom 07.01.2016. Die städtischen Gremien seien nicht über den Bauantrag der Wirtschaftsbetriebe für die Errichtung eines Parkplatzes informiert worden, da es sich bei Bauanträgen und deren Bearbeitung um ein Geschäft der laufenden Verwaltung und eine Aufgabe des

übertragenen Wirkungskreises handele. Auch bei den Wirtschaftsbetrieben sei die Bauantragstellung Teil des operativen Geschäfts der Geschäftsführung und kein Beratungsgegenstand in den Aufsichtsräten.

- c) Ferner teilt Herr Sternbeck mit, dass die UWG-Fraktion Klage gegen den Ratsbeschluss zur Beteiligung der Stadtnetze GmbH & Co. KG an der LeineNetz GmbH eingelegt habe. Über das weitere Verfahren werde er die Ratsmitglieder zu gegebener Zeit informieren.
- d) Bürgermeister Sternbeck schlägt vor, die Berichterstattung aus den wirtschaftlichen Unternehmen der Stadt sowie den Organen Dritter juristischer Personen für die Ratssitzung am 04.08.2016 vorzusehen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.
- e) Herr Schillack gibt bekannt, dass bei den Anmeldungen für das Kindergartenjahr 2016/2017 ein Höchststand an nicht deckungsfähigen Betreuungsplätzen erreicht sei. Insbesondere im Bereich der Ganztagsbetreuung könne der Bedarf nicht mehr gedeckt werden. Eine Information über die Presse werde folgen.

12. Anfragen

- a) Bürgermeister Sternbeck teilt zu einer Anfrage von Herrn Rump mit, dass die Hauptverwaltungsbeamten der regionsangehörigen Kommunen in Bezug auf ein Sonderprogramm zur Förderung des Baus von Wohneinheiten in Modulbauweise vor dem Hintergrund der hohen Flüchtlingszahlen in regelmäßigem Kontakt zur Region Hannover stünden. Die Region habe das Programm gegenüber der Stadtverwaltung rechtzeitig bekannt gemacht, ein Termin habe bereits stattgefunden.

Frau Plein ergänzt, dass die Verwaltung sich hinsichtlich der Bereitstellung von Grundstücken mit entsprechenden Bebauungsmöglichkeiten in Gesprächen befinde. Hierbei werde man sich an die im Rat festgelegten Vorgaben halten.

- b) Zu einer Nachfrage von Herrn Salzmann stellt Bürgermeister Sternbeck klar, dass der unter Tagesordnungspunkt I.5 zur Abstimmung gestellte Antrag von Herrn Lechner, zur Tagesordnung zurückzukehren, nach § 9 Abs. 2 Nr. 4 der Geschäftsordnung des Rates zulässig sei.
- c) Frau Plein erklärt auf Anfrage von Herrn Salzmann, dass einem Kaufinteressenten die Aufstellung von kurzfristig abbaubaren Containern auf einem städtischen Grundstück in der Erweiterungsfläche des Gewerbegebietes Ost gestattet wurde. Das Grundstück sei aber nach wie vor nicht verkauft. Mit einem zweiten Interessenten werde die Bauordnung am 05.02.2016 ein Gespräch führen, um festzustellen, ob tatsächlich ein Kaufinteresse bestehe.
- d) Bürgermeister Sternbeck beantwortet eine Anfrage von Herrn Iseke in Bezug auf eine mögliche Beeinträchtigung des Flugverkehrs im Bereich des Fliegerhorstes Wunstorf durch die Festlegungen im neuen RROP. Die Verwaltung stehe diesbezüglich in Kontakt zur Stadt

Wunstorf und der Region Hannover, auch zwischen der Region und der Bundeswehr sei eine Abstimmung erfolgt. Im Übrigen könne über den Naturschutz nicht in das Flugrecht eingegriffen werden, so Herr Sternbeck.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Ratsvorsitzende Schlicker den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:42 Uhr.

Ratsvorsitzende

Bürgermeister

Protokollführerin

Neustadt a. Rbge., 24.02.2016